

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 39

DIENSTAG, DEN 20. MAI

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	917	Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen	918
Immissionsschutz Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen	917	Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen	918
Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Osterloh	918	Entwidmung von Teilflächen der Straße „Schlengendeich“	918

BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma URBANA Energiedienste GmbH hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Errichtung und den Betrieb einer „Anlage zur Erzeugung von Strom und Warmwasser in einer Verbrennungseinrichtung (wie Verbrennungsmotoranlage) durch den Einsatz von Gasen der öffentlichen Gasversorgung mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 Megawatt bis weniger als 20 Megawatt bei Verbrennungsmotoranlagen“ (Nummer 1.2.3.2, Verfahrensart V, des Anhangs der 4. Verordnung zum BImSchG) auf dem Grundstück Karnapp (ohne Hausnummer), Hamburg-Harburg beantragt.

Die Änderung stellt ein Vorhaben nach Nummer 1.2.3.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar. Nach der gemäß § 3 e Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 3 c UVP vorgenommenen allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung der Feststellung, dass für das Vor-

haben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, kann nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – unter dem Aktenzeichen Az.: IB 1212-38/14 eingesehen werden.

Hamburg, den 9. Mai 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 917

Immissionsschutz Umweltverträglichkeitsprüfung – Bekanntmachung von Einzelfallentscheidungen

Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung für Stoffe, die brennbare Gase enthalten

Die Firma Still GmbH hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – einen Genehmigungsantrag nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung einer Anlage zur Lagerung von Stoffen die brennbare Gase enthalten, mit einer Gesamtlagermenge aller Einzellager von < 5 Tonnen auf dem Grundstück Berzeliusstraße 10 in 22113 Hamburg, beantragt.

Das Vorhaben umfasst die Erweiterung der Lagerung von Propangas, Wasserstoff und Acetylen um ein Lager für die Aufbewahrung von Propangasflaschen. Die Gesamtlagermenge von 3 t brennbarer Gase wird überschritten, so dass es sich um eine genehmigungsbedürftige Anlage der Nummer 9.1.1.2 des Anhangs 1 der aktuellen 4. BImSchV handelt. Es handelt sich um ein Vorhaben im Sinne der

Nummer 9.1.1.3 (Spalte 2) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Nach der allgemeinen standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Satz 2 UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Änderungsvorhabens abgesehen.

Das Änderungsvorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung gesetzlicher Kriterien für die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für das Änderungsvorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 12. Mai 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 917

Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Straße Osterloh

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) wird im Bezirk Altona, Gemarkung Dockenhuden, Ortsteil 225, eine etwa 7853 m² große, in der Straße Osterloh liegende Wegefläche (Flurstück 1904) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Pläne über den Verlauf der zu widmenden Fläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Foyer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3, 22767 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen (schriftlich oder zu Protokoll) dort vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 13. Mai 2014

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 918

Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die bestehende Widmung für den im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bergstedt, Ortsteil 524, belegenen Wohnweg Baben de Möhl (Flurstück 1665 teilweise, ehemals 1172 teilweise), vor Haus Nummer 17 verlaufend, mit sofortiger Wirkung auch auf den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis zu 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts erweitert.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan, der Bestandteil der Veränderung der Benutzbarkeit ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für Jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 13. Mai 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 918

Veränderung der Benutzbarkeit öffentlicher Wegeflächen

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die bestehende Widmung für die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bergstedt, Ortsteil 524, belegenen Wohnwege Alte Mühle (Flurstück 1170 teilweise, ehemals 1172 teilweise), vor den Häusern Nummern 22 a bis 22 d und 24 a bis 24 d verlaufend, mit sofortiger Wirkung auch auf den Anliegerverkehr mit Fahrzeugen bis zu 3,5 t zulässigen Gesamtgewichts erweitert.

Der räumliche Umfang ergibt sich aus dem Lageplan, der Bestandteil der Veränderung der Benutzbarkeit ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für Jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 13. Mai 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 918

Entwidmung von Teilflächen der Straße „Schlengendeich“

Gemäß § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen werden die im Bezirk Hamburg-Mitte, Ortsteil Wilhelmsburg gelegenen, im beiliegenden Lageplan markierten, insgesamt etwa 121 m² großen Teilflächen der Straße „Schlengendeich“ als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich mit sofortiger Wirkung entwidmet.

Hamburg, den 12. Mai 2014

Hamburg Port Authority

Amtl. Anz. S. 918

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung – Berichtigung –

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5,
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 26 - 25 59, Telefax: 040/4 27 31 - 14 48,
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und
Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg, Bezirk Nord, Ortsteil Barmbek
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-193/14**
Bauvorhaben: Umgestaltung Fuhlsbüttler Straße zwi-
schen Drosselstraße und U-Bahn Brücke.
Wesentliche Leistungen:
Asphaltbefestigungen ausbauen, ca. 9670 m²
Asphaltdeck-/binderschicht fräsen/einbauen, ca. 4300 m³
Vollausbau Bk 32, ca. 6000 m²
Nebenflächen Pflaster und Platten aufnehmen,
ca. 12 500 m²
Nebenflächen befestigt herstellen, ca. 15 000 m²
Einbau von Granitborden, HB, TB, ca. 2200 m²
Fahrradanlehnbügel, 82 Stück
Baumscheibeneinfassungen, 44 Stück
Bäume pflanzen, 12 Stück
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: 7. August 2014
Ende: 31. Oktober 2017
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen,
sowie Einsichtnahme:
Vom 14. Mai 2014 bis 10. Juni 2014, montags bis freitags
von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.419,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 34,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung,
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN: DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC: PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der
Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und
Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschrei-
ben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 11. Juni 2014, 11.15 Uhr,
eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 11. Juni
2014 um 11.15 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit
bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Lei-
stungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Anga-
ben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlan-
gen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nach-
unternehmen beizubringen.
Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen nachfolgend
genannt Angaben und Nachweise vorzulegen:
Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstige ver-
antwortlich handelnde Personen, für die die Vergabe-
stelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen
Wettbewerbs durchführen muss. Name, Vorname, Ge-
burtsdatum und Geburtsort dieser Personen. Einwilli-
gung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die
Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbe-
werbs. Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunter-
nehmen und deren Geschäftsführung abgefragt. Qualifi-
kation MVAS, Qualifikation SiGeKo, Nachweise zur
sozialverträglichen Beschaffung, Qualifikation Korro-
sionsschutzarbeiten, Qualifikation gemäß ZTV-Siele
(AK3 oder gleichwertig), Nennung Labor für LAGA-
Untersuchung, Befähigungsschien gemäß § 20 SprengG.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 17. Juli 2014.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 15. Mai 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 382

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,

U 40 Einkauf/Vergabe,,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Herrn Achim Schaar
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 94
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des
Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-
lichen Dialog und ein dynamisches Beschaf-
fungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**I.4) Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrag-
geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
Auftraggeber:**

Gebäudesanierung W4 Staatliche Schule Gesund-
heitspflege, Dratelnstraße 28, 21109 Hamburg.

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung
oder Dienstleistungserbringung:

Dratelnstraße 28, 21109 Hamburg.

NUTS-Code: DE600

**II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
fungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:**

Die Gewerbeschule W4 befindet sich in Ham-
burg-Wilhelmsburg. Bauteil A und B bilden einen
fünfgeschossigen Riegel mit mittigem Haupttrep-
penhaus. Im dreigeschossigen Bauteil C sind die
Eingangs- und Pausenhalle, Nebenräume und die

Hausmeisterwohnung untergebracht. Bauteil D
ist in der untersten Ebene um den Innenhof ange-
ordnet, hier ist die Verwaltung untergebracht.

Hier:

- Sanitärarbeiten
- Regenwasserleitungen
- Sonnenschutzanlagen
- Schadstoffsanierung
- Heizungsarbeiten

**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
(CPV)**

Hauptgegenstand: 45214220

**II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
men (GPA): Ja**

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Geschätzter Wert ohne MwSt: 739 500,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw.

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe.

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT-
LICHE, FINANZIELLE UND TECHNI-
SCHE INFORMATIONEN**

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

**III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
schriften: –**

**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Be-
dingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind
zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bieterge-
meinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein
Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner
dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit
unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet
wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten beson-
dere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 12 Monate).
- Eigenerklärung Richtlinie Schwere Verfehlungen (Formblatt beiliegend).
- Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als fünf Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 19/14 S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 17. Juni 2014, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: SBH Schulbau Hamburg

Konto-Nr.: 201 015 29, BLZ: 200 000 00

IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 19/14 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **PRO LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse senden. Bitte nur eine der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 18. Juni 2014, 10.00 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 18. Juni 2014, 10.00 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Behörde für
Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Ein-
legung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabe-
kammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf
Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3
Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller
den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften
im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem
Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die
Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie
nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis
des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4
GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn
mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu
wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
30. April 2014
- Austausch von Sammel- und Anschlussleitun-
gen
Hauptpositionen der Ausschreibung:
– Lieferung von Sanitärrobojekten mit Vorwandin-
stallation 90 Stück
– Lieferung und Verlegung von Trinkwasserlei-
tungen 175 m
– Lieferung und Verlegung von Abwasserlei-
tungen 200 m
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 123 000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –
Die Arbeiten an den Bauteilen A, B, C und D sol-
len in 12 Bauabschnitten ausgeführt werden.
Bauteil A: 5 Bauabschnitte. Bauteil B: 5 Bau-
abschnitte. Bauteil C: 1 Bauabschnitt. Bauteil D:
1 Bauabschnitt.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2014
bis Juli 2016. Bauteil A – 1. Bauabschnitt alle
Gewerke Mitte September bis Mitte November (9
Wo.). Bauteil A – 2. Bauabschnitt alle Gewerke
Mitte November 2014 bis Ende Januar 2015 (9
Wo.). Die nächsten Bauabschnitte folgen entspre-
chend.
Die Öffnung der Angebote findet statt am
18. Juni 2014, 10.00 Uhr.

Los-Nr. 2**Bezeichnung:** Regenwasserleitungen

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45232130
- 3) **Menge oder Umfang:**
In der Ausschreibung sind erfasst:
– Verlegung von Regenwassersielleitungen
– Setzen von Revisionsschächten aus Beton
– Montage und Inbetriebnahme einer Doppel-
pumpenhebeanlage
Hauptpositionen der Ausschreibung:
– Regenwasserleitung KG 2000: 200m
– Revisionschächte: 6 Stück
– Doppelpumpenhebeanlage: 1 Stück
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 129 000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 1 Monat ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2014
bis August 2014.
Die Öffnung der Angebote findet statt am
18. Juni 2014, 10.30 Uhr.

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

**Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auf-
traggeber:** Gebäudesanierung W4 Staatliche SchuleGe-
sundheitspflege, Dratelnstraße 28, 21109 Hamburg.

Los-Nr. 1**Bezeichnung:** Sanitärarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45232460
- 3) **Menge oder Umfang:**
In der Ausschreibung sind erfasst:
– Demontage und Neulieferung von Sanitärrobo-
jekten

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Sonnenschutzanlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 44115900
- 3) **Menge oder Umfang:**
In der Ausschreibung sind erfasst:
 - abschnittsweise Demontage der bestehenden Sonnenschutz-, Blendschutz- und Verdunkelungsanlagen
 - abschnittsweise Einbau von neuen Sonnenschutzanlagen mit Raffstorelamellen
 - abschnittsweise Einbau neuer Blendschutz- und Verdunkelungsanlagen
 Hauptpositionen der Ausschreibung:
 - Abbruch Sonnenschutzanlagen Bauteil A, B und D 160 Stück
 - Einbau Raffstore-Lamellen 160 Stück
 - Abbruch Sonnenschutzanlagen Bauteil C 6 Stück
 - Einbau Raffstore-Lamellen 6 Stück
 Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 88 000,– Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 22 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –
Die Arbeiten an den Bauteilen A, B und C sollen in 11 Bauabschnitten ausgeführt werden. Bauteil A: 5 Bauabschnitte. Bauteil B: 5 Bauabschnitte. Bauteil C: 1 Bauabschnitt.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2014 bis Juni 2016. Ausführung Sonnenschutzarbeiten abschnittsweise: Bauteil A – 1. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte September bis Mitte November (9 Wo.). Sonnenschutzarb. innerhalb der 9 Wo. Woche 3 Demontage Sonnenschutzanlagen. Woche 4-6 Montage Sonnenschutzanlagen. Bauteil A – 2. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte November 2014 bis Ende Januar 2015 (9 Wo.). Sonnenschutzarb. innerhalb der 9 Wo. Woche 3 Demontage Sonnenschutzanlagen. Woche 4-6 Montage Sonnenschutzanlagen. Die nächsten Bauabschnitte folgen entsprechend.
Die Öffnung der Angebote findet statt am 18. Juni 2014, 11.00 Uhr.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Schadstoffsanierung

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45262660
Ergänzende Gegenstände: 90740000
- 3) **Menge oder Umfang:**
In der Ausschreibung sind erfasst:
 - abschnittsweise Baustelleneinrichtung für die eigenen Arbeiten

- Asbestsanierung Fassade Bauteil C
 - Asbestsanierung Haupttreppenhaus Bauteil A/B
 - KMF-Sanierung Klassen- und Büroräume Bauteil A, B, D
 - KMF-Sanierung Aula Bauteil C
- Hauptpositionen der Ausschreibung:
- Einrichtungen des Schwarzbereichs für die Asbestsanierung 1 Stück
 - Abbruch Metallfassade nach TRGS 519 250 m²
 - Demontage Spachtelmasse TRHS nach TRGS 519 15 m²
 - Einrichten des Schwarzbereichs für die KMF Sanierung 1 Stück
 - Demontage Akustikdecken nach TRGS 519 7.900 M²
 - Freimessung Sanierungsbereiche 1 Stück
- Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 176 000,– Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 23 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Die Arbeiten an den Bauteilen A, B und C sollen in 11 Bauabschnitten ausgeführt werden. Bauteil A: 5 Bauabschnitte. Bauteil B: 5 Bauabschnitte. Bauteil C: 1 Bauabschnitt.

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2014 bis Juni 2016. Ausführung Schadstoffsanierung abschnittsweise: Demontage Spachtelmasse TRHS Anfang August bis Mitte August 2014. Bauteil A – 1. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte September bis Mitte November (9 Wo.). KMF-Sanierung innerhalb der 9 Wo. Woche 2 Baustelleneinrichtung. Woche 3 Abbruch Akustikdecken. Bauteil A – 2. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte November 2014 bis Ende Januar 2015 (9 Wo.). KMF-Sanierung innerhalb der 9 Wo. Woche 2 Baustelleneinrichtung. Woche 3 Abbruch Akustikdecken. Die nächsten Bauabschnitte folgen entsprechend.

Die Öffnung der Angebote findet statt am 18. Juni 2014, 11.30 Uhr.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Heizungsarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:** –
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 44620000
- 3) **Menge oder Umfang:**
In der Ausschreibung sind erfasst:
 - Demontage eines Kessels und eines Trinkwassererwärmers
 - De- und Remontage von Heizkörpern mit Armaturen
 - Lieferung von Heizkörpern
 - Tausch von Heizkreisarmaturen
 - Tausch der Regelungskomponenten

- Hauptpositionen der Ausschreibung:
- Lieferung und Montage von Heizkörpern, ca. 100 Stück
 - Lieferung und Montage von Heizkörperarmaturen ca. 850 Stück
 - Lieferung von Heizkreisarmaturen, ca. 30 Stück
- Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 223 500,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
Laufzeit: 24 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen: –**
Die Arbeiten an den Bauteilen A, B, C und D sollen in 12 Bauabschnitten ausgeführt werden. Bauteil A: 5 Bauabschnitte. Bauteil B: 5 Bauabschnitte. Bauteil C: 1 Bauabschnitt. Bauteil D: 1 Bauabschnitt.
Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2014 bis Juli 2016. Bauteil A – 1. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte September bis Mitte November (9 Wo.). Bauteil A – 2. Bauabschnitt alle Gewerke Mitte November 2014 bis Ende Januar 2015 (9 Wo.). Die nächsten Bauabschnitte folgen entsprechend.
Die Öffnung der Angebote findet statt am 18. Juni 2014, 13.30 Uhr.

Hamburg, den 30. April 2014

Die Finanzbehörde

383

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

CAMPUS STEILSHOOP – Grund- und Stadteilschule sowie Quartierszentrum in Hamburg
Steilshoop – Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Durchführung eines Wettbewerbs für den Neubau der Grund- und Stadteilschule sowie

eines Quartierszentrums im Ortsteil Steilshoop, Bezirk Wandsbek in Hamburg beauftragt.

Gegenstand des Wettbewerbs war die hochbauliche Vorentwurfsplanung für einen Schulneubau mit einer 4-zügigen Grundschule und einer 3-zügigen Stadtteilschule sowie einem Quartierszentrum am Standort Gropiusring. Für die Schulen sollten Flächen für allgemeinen Unterricht, Fachunterricht, Lehrer und Verwaltung, Gemeinschaftsflächen sowie Ganztagsbereich mit Produktionsküche berücksichtigt werden. In dem Quartierszentrum waren Flächen für ein Bistro und Stadtteilräume, ein Haus der Jugend, einen Stadtteiltreff, die Hamburger Volkshochschule, die Elternschule Steilshoop, einen Familienservicepoint, eine Mütterberatung, eine Erziehungsberatung sowie Flächen für eine öffentliche Bücherhalle vorzusehen.

Der Wettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren wurde im April abgeschlossen. Das Wettbewerbsergebnis hat u.a. ergeben, dass ein gänzlicher Abbruch des Gebäudebestands auf dem Schulgrundstück notwendig ist. Die anrechenbaren Kosten hierfür sind bereits berücksichtigt. Insgesamt ist ein Neubauvolumen von rd. 8.500 m² NF (1-6) (rund 13.600 m² BGF) zu erstellen.

Da in der Freien und Hansestadt Hamburg Umweltschutz und Nachhaltigkeit von Bautätigkeiten eine bedeutende Rolle spielen, sind diese Themen bei der Planung zu berücksichtigen. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, die Minimierung der Lebenszykluskosten und die Optimierung der Energieeffizienz der Gebäude werden vorausgesetzt.

Die Gesamtmaßnahme ist bis zum Schuljahr 2017/2018 fertigzustellen. Für das Bauvorhaben besteht eine Kostenobergrenze für den Hochbau und technischen Ausbau in Höhe von ca. 20 Mio. Euro (Bruttobaukosten KG 300 und 400 gem. DIN 276, inkl. 19 % MWSt.).

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 390.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 390.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 38 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht:

Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der/die Bewerber/innen insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

- Ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)
- Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)
- Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)
- Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck)
- Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)
- Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
- Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck)
- Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)
- Anlage 1I: Eigenerklärung über geleistete Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck), die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert
- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1

- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Person (Anlage: 3A-1) (in Kopie)

- Anlage 3B: Liste von Referenzprojekten (siehe III.2.3).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben), nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden, jeweils 2-fach maximiert).

b) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 51 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied

der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Geforderter Mindeststandard: 3 Ingenieur/innen für die Leistungen gem. § 51 HOAI Tragwerksplanung. Bietergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen: Ingenieur/in für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI.

c) Nachweis der erbrachten Leistungen: Liste der wesentlichen in den letzten max. 6 Jahren (Stichtag: 1. Januar 2008) erbrachten Leistungen unter Angabe der Projektbezeichnung; der Kosten in der Kostengruppe 300+400 (in EURO, netto); der Größe (BGF); des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten); des Leistungszeitraums; der ausgeführten Leistungsphasen; von ggf. Besonderheiten wie z.B. Bauen im Bestand, Bauen im laufenden Betrieb, Sanierung, etc. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Die Auswahl erfolgt anhand der folgenden Auswahlkriterien (gewertet werden die Projekte aus der Referenzliste):

1. Leistungsphasen 2-5 wurden erbracht: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte, 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

2. Projektkosten in den KG 300 + 400 mind. 12,0 Mio. EURO (netto): kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

3. Bei dem Projekt handelt es sich um einen Neubau: kein Projekt = 0 Punkte; 1 Projekt = 1 Punkt; 2 Projekte = 2 Punkte; 3 oder mehr Projekte = 3 Punkte (insgesamt max. 3 Punkte).

Insgesamt sind max. 9 Punkte zu erzielen. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	20 %
2. Qualität	30 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Preis/Honorar	30 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 016/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 6. Juni 2014, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
10. Juni 2014, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 1. Juli 2014
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung: 27. Kalenderwoche 2014, Einreichung der Honorarangebote: 30. Kalenderwoche 2014, Verhandlungsgespräche: 31. Kalenderwoche 2014.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
8. Mai 2014

Hamburg, den 8. Mai 2014

Die Finanzbehörde

384

Bekanntmachung über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Anna Schubert
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

- I.2) **Art der beschaffenden Stelle:**
Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Zubau von Klassenräumen und 2 Zweifeld-Hallen – Gymnasium Hoheluft, Christian-Förster-Straße 19-21 in Hamburg.
- II.1.2) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens (siehe Angaben in der ursprünglichen Bekanntmachung):
Zubau am Standort Christian-Förster-Straße 19-21, hier das Gymnasium Hamburg Hoheluft im Zeitraum März 2014 bis Juli 2015.
Hier: Rohbauarbeiten
- II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45223220

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 16/14 AS
- IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:
Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: eNotices
Login: ENOTICES_FilomenaErwerth
Referenznummer der Bekanntmachung:
2014-050157
- IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht:
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2014/S 076-130871 vom 17. April 2014
- IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung: 14. April 2014

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**
Berichtigung
- VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Vergabeverfahren:** –
- VI.3) **Zu berichtigende oder zusätzliche Informationen:**
- VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.
- VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung

- VI.3.3) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigender Text: –

- VI.3.4) In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtigende Daten:

Stelle der zu berichtigenden Daten:

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Anstatt: 12. Mai 2014, 12.00 Uhr.

muss es heißen: 19. Mai 2014, 12.00 Uhr.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

Anstatt: 13. Mai 2014, 10.10 Uhr

muss es heißen: 20. Mai 2014, 13.30 Uhr.

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Anstatt: 13. Mai 2014, 10.10 Uhr

muss es heißen: 20. Mai 2014, 13.30 Uhr.

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
13. Mai 2014

Hamburg, den 13. Mai 2014

Die Finanzbehörde

385

Öffentliche Ausschreibung

der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei – schreibt für die Polizei Hamburg folgende Lieferungen/Leistung gemäß VOL/A öffentlich aus:

Auftragsgegenstand:	Ballistische Schutzschilde, klappbar (SK 1)
Ausschreibungsnummer:	ÖA 161283/14
Vergabeart:	Öffentliche Ausschreibung
Vergabe nach Losen und Anzahl der Lose:	1
Ansprechpartner zum Ausschreibungsverfahren:	Matthias Schulz
Ende der Angebotsfrist:	8. Juli 2014, 15.00 Uhr
Ende der Bindefrist:	30. September 2014, 18.00 Uhr
Ausführungsort:	Hamburg
Ausführungsfrist:	2014 bis 2015

Kurzbeschreibung: Die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Lieferung von 32 klappbaren ballistischen Schilden der Schutzklasse 1 mit Sichtfenster, Lichteinrichtung mit Blendwirkung und Tragetasche für polizeiliche Einsatzlagen.

Die genannte Liefermenge von 32 ballistischen Schilden bezieht sich auf die Anzahl der ballistischen Schilde, die für eine Pilotierungsphase bei der Polizei Hamburg vorgesehen sind.

Optional sollen weitere 37 ballistische Schilde angeboten werden, die nach erfolgreicher Pilotierungsphase, vor-

behaltenlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, bei der Polizei Hamburg eingeführt werden sollen.

Für die Beurteilung der Eignung sind von allen Bietern mit dem Angebot folgende Erklärungen/Nachweise/Unterlagen einzureichen:

- Eigenerklärung gemäß der „Richtlinie über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern von der Vergabe öffentlicher Aufträge wegen schwerer Verfehlungen“. Die Angaben der Eigenerklärung gemäß der „RL Schwere Verfehlungen“ werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft.
- Eintrag in das Handelsregister.
- Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz.
- Erklärung zu Unternehmensumsatz und Personal.
- Referenzen aus den letzten drei Jahren.

Die kompletten Ausschreibungsunterlagen können per E-Mail unter ausschreibungen@polizei.hamburg.de, Betreff: ÖA 161283/14 – Ballistische Schutzschilde (SK1), abgefordert oder unter der Adresse Behörde für Inneres und Sport, Polizei, Verwaltung und Technik VT 21/Zentrale Vergabestelle BIS, Carl-Cohn-Straße 39, 22297 Hamburg, eingesehen werden.

Adresse für die Angebotsabgabe:

Behörde für Inneres und Sport, Polizei,
Verwaltung und Technik VT 112/Submissionsstelle,
Postfach 60 02 80, 22202 Hamburg, bzw.
Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg.

Es ist nicht möglich Angebote elektronisch abzugeben.

Hamburg, den 13. Mai 2014

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

386

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2022-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags:

Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron
DESY in Hamburg.

f) Art und Umfang der Leistung:

Das teilweise schon aufgestockte Gebäude 24 (LINAC II) soll um ein Geschoss auf der restlichen ca. $\frac{1}{3}$ Gebäudelänge aufgestockt werden und neue Büroräume erhalten. Die Art der Konstruktion ist vom Bieter festzulegen.

Die Aufstockung hat eine Länge von ca. 27,40 m bei ca. 8,65 m Breite mit einer beidseitigen Auskragung von ca. 0,55 m, d.h. einer Gesamtbreite von ca. 9,775 m. Die Kürzung der vorhandenen Kabelbrücke ist bauseits geplant.

Die Aufstockung muss auf Grund der geringen zulässigen Belastung als Leichtkonstruktion erfolgen.

Das Treppenhaus wird im Bereich der Aufstockung sowie im Bestand mit Alu-Kassetten bekleidet. Die bestehenden Treppenhausverglasungen und das Eingangselement werden ausgetauscht. Der Eingangsbereich erhält zusätzlich ein Vordach.

Zum ausgeschriebenen Umfang gehört die Komplettleistung aller Gewerke.

Folgende Unterlagen werden zur Preisermittlung zur Verfügung gestellt:

- haustechnische Systemskizzen
- statische Analyse (Vorstatik)
- Brandschutzunterlagen
- Baugenehmigung
- Architektenpläne

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:

Die Aufstockung dient der Nutzung als Büroräume.

h) Losweise Vergabe: Entfällt

- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) innerhalb von 120 Werktagen nach Ausführungsbeginn.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2022-14:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 11. Juni 2014 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 12. Juni 2014 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Mittwoch, den 18. Juni 2014 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2022-14
Angebotstermin: 18. Juni 2014, Uhrzeit: 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg
oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.
- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Mittwoch, den 18. Juni 2014 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.
- r) **Geforderte Sicherheiten:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- s) **Zahlungsbedingungen:**
Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
– Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder

Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

- Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 18. Juli 2014

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 14. Mai 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 387

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
(§ 12 Absatz 1 VOL/A)**

DESY Ausschreibungsnummer: C2027-14

a) **Auftraggeber:**

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) **Vergabeverfahren:**

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) **Form in der Angebote einzureichen sind:**

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2027-14
Angebotstermin 10. Juni 2014“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

16 000 m Kabel NA2XH-O, 1 x 400 mm² RM 0,6/1KV, Mantelfarbe schwarz, halogenfreier Mantel, in Anlehnung an DIN VDE 0276 Teil 604. Kabel auf Einwegtrommeln a 1000 m.

Das Kabel ist auf Preisbasis Aluminium DEL-Notierung 175,- Euro/100 kg exklusive 1 % Beschaffungskosten anzubieten. Abrechnung erfolgt zur veröffentlichten DEL-Notierung vom Tage der DESY-Bestellung + 1 % Beschaffungskosten.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: Entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Der kürzest mögliche Liefertermin ist anzugeben.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 30. Mai 2014 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **10. Juni 2014**

Ablauf der Bindefrist: **18. Juli 2014**

j) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.

– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.

– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.

– Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.

– Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind. Alle geforderten Nachweise und Erklärungen, die dort nicht hinterlegt sind, sind mit dem Angebot einzureichen.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien 100 % Preis. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 14. Mai 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

388

**Öffentliche Ausschreibung
gemäß § 3 Nummer 1 VOB/A**

f & w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/040/428 35 - 36 73,
Telefax: +49/040/428 35 - 35 11

Öffentliche Ausschreibung für die **Erstellung von 22 elementierten Wohnunterkunitsgebäuden in Containerbauweise** an zwei Standorten in Hamburg.

Ausschreibung Nr. AÖA 037-2014

Frist für den Eingang der Angebote: 2. Juni 2014, 13.00 Uhr

Sämtliche erforderlichen Angaben und Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet heruntergeladen werden unter:

[www.foerdernundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Ausschreibungen für Leistungen \(VOL\) und Bauleistungen \(VOB\)/Öffentliche Ausschreibung AÖA 037-2014](http://www.foerdernundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Ausschreibungen_fuer_Leistungen_(VOL)_und_Bauleistungen_(VOB)/\u00d6ffentliche_Ausschreibung_A\u00d6A_037-2014)

Nähere Angaben entnehmen Sie bitte der genannten Homepage.

Hamburg, den 14. Mai 2014

f & w fördern und wohnen AöR

389